

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

66. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Koffberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Koffberg in Frankenberg i. Sa.

Erscheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 M 50 P., monatlich 50 P., Trägertlohn extra. — Einzelnummern laufenden Monats 6 P., früherer Monate 10 P. **Bekanntmachungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Botsen und Ausgabe-stellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Aufkündigungen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabestages. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. — 61. **Telegramme:** Tageblatt Frankenberg-Jahres.

Anzeigenpreis: Die 6-gelb. Beizeile oder deren Raum 15 P., bei Lokal-Anzeigen 12 P.; im amtlichen Teil pro Zeile 40 P.; „Eingekauft“ im Redaktionsbüro 25 P. Für schwierigen und inabellischen Satz Aufschlag, für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Aannahme werden 25 P. Extragebühr berechnet. **Inseraten-Aannahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Das Ergebnis der Reichstagswahl im 15. Wahlkreise des Königreichs Sachsen betreffend.

Nach der am heutigen Tage erfolgten amtlichen Ermittlung des Ergebnisses der Wahlen im 15. Reichstagswahlkreise sind von 33855 gültigen Stimmen auf Herrn Redakteur Daniel **Stüden** in Briesnitz bei Dresden **18301 Stimmen**,

auf Herrn Rechtsanwalt Dr. **Jöppel** in Leipzig **8595 Stimmen**

und auf Herrn Fabrikdirektor **Starke** in Frankenaue **6948 Stimmen**

entfallen, während **16** Stimmen sich zerplittert haben. Herr Redakteur Daniel **Stüden** in Briesnitz ist hiernach zum Abgeordneten für den vorgezeichneten Wahlkreis gewählt. Flöha, am 29. Januar 1907. **Der Wahl-Kommissar für den 15. Reichstagswahlkreis im Königreich Sachsen.** Doft, Amtshauptmann. Vgl.

Es sind zu zahlen:
1. der **I. Termin Grundsteuer** am 1. Februar 1907.
2. das **Schulgeld**,
3. das **Bealschulgeld**,
4. die **Dienstboten-Krankenkassensteuer** **allmonatlich.**
Frankenberg, am 30. Januar 1907. **Der Stadtrat.**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckers und Materialwarenhandlers **Gustav Richard Bische** in Oberlichtenau ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf **den 22. Februar 1907 vormittags 10 Uhr** vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte anberaumt worden. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Frankenberg, am 30. Januar 1907. **Das königliche Amtsgericht.**

Abonnements auf das Tageblatt

auf Monat **Februar** nehmen unsere Tageblattausdräger und unsere bekannten Ausgabestellen in Stadt und Land, sowie alle Postanstalten noch entgegen.

Politisch Lied — ein garstig' Lied!

Politik verdirbt den Charakter! — lautet ein alter Satz, in dem doch ein Körnchen Wahrheit zu stecken scheint. Wenigstens erkennt man das aus der gestern von Berlin aus verbreiteten Resolution für die Stichwahlen, die vom Wahlvorstand des Wahlvereins der Liberalen ausgeht. Nicht Charakterfestigkeit wird darin den Anhängern des Freisinn eingebracht, sondern sie werden zur politisch Charakterlosigkeit direkt angehalten, indem die „Partei Freunde im Lande“ die Aufforderung erhalten, „in der Stichwahl nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die durch ihr Programm und ihre Persönlichkeit eine sichere Gewähr dafür bieten, daß sie nicht der politischen und geistigen Reaktion Hülfsdienste leisten“. Also ein verfehlter Anwerterungsversuch bei der Sozialdemokratie, als deren Schleppenträger — Gott sei es gefällig! — die um Verth und Raumann so manches liebe Mal schon sich produzierten.

Das Beispiel des Wahlvorstandes hat selbstverständlich schon Anklang und Nachahmung gefunden. Wir nennen hier nur die Bezirke Darmstadt-Großgerau und Merseburg-Querfurt — verweisen wegen des Weiteren aber auf den Artikel „Nach den Reichstagswahlen“, in dem Näheres darüber enthalten ist. Bedauerlich auf alle Fälle aber bleibt die hier wieder einmal in ihrem trübsten Lichte sich zeigende politische Unzuverlässigkeit und nationale Charakterlosigkeit mancher Freisinnigen, die es nicht über sich zu gewinnen vermögen, am 5. Februar das ebenso konsequent zu beenden, was mit ihrer Hilfe am 25. Januar so vielversprechend in die Wege geleitet werden konnte. Ist es denn wirklich so schwer, das Große über das Kleine zu stellen, das Nationale über den kleinlichen Parteigeist zu erheben? Haben die Herren von der äußersten bürgerlichen Linken denn schon wieder vergessen, um was es sich gerade bei der Reichstagsauflösung am 13. Dezember des Vorjahres drehte, wissen sie nicht mehr, daß es sich auch bei den Wahlen vom 25. Januar um die Behauptung unserer nationalen Güter handelte und daß am Stichwahltag unbedingt zu Ende geführt werden muß, was wenige Tage vorher zum größten Teile vollbracht worden ist? Freuen müssen wir uns von ganzem Herzen, daß wenigstens die sächsischen Freisinnigen bessere Bahnen wandeln, wie die Parteigenossen in anderen Teilen des Reiches. Sie erweisen sich dadurch als charakterfeste Männer, denen Achtung gezollt werden muß. Gewiß, es mag für den Freisinnigen schwer sein, in der Stichwahl vielleicht einem Anhänger der äußersten Rechten zum Siege zu verhelfen, aber man sollte meinen, daß die Wahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten für im Grunde national gesinnte Männer, zu denen sich doch wohl auch diejenigen Freisinnigen rechnen, die in der Stichwahl am liebsten dem nationalen Gedanken abtrünnig werden möchten — daß die Wahl zwischen konservativ und sozialistisch denn doch nicht so schwer fallen könnte. Jene Leute müssen wohl auch bedenken, daß sie sowohl in der Hauptwahl manchen Sieg der freisinnigen Sache ebenso der Mithilfe der anderen bürgerlichen Parteien zu verdanken hatten, wie dies zweifellos in der Stichwahl wieder der Fall sein wird. In der Politik müssen eben Konzessionen gemacht werden, sowohl von der einen Seite, wie von der anderen. Nur den Charakter darf man dabei sich nicht verderben lassen. Denn das steht in noch schlechterem Geruch, wie Interesselosigkeit und politische Lauheit.

Der Vorstand der Freisinnigen Volkspartei verachtet, wie das „Berl. Tgl.“ hört, auf die Ausgabe einer besonderen Parole für die Stichwahlen und überläßt die

Entscheidung, wie in früheren Jahren, den Wählern im Lande.

„Berl. Tgl.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hält neuerdings über öffentliche Preßäußerungen scharfe Wacht und scheint sich nicht mehr, wie früher, in den Kampf zu geben. Sie schreibt neuerdings unter der Ueberschrift: „Die Niehmacher an der Arbeit“ folgendes: „Starke Zumutungen stellt wieder das „Berl. Tgl.“ an die Rücksicht seiner politisch denkenden Leser. Am Sonntag hatte es das Ergebnis der Wahlen noch eine angenehme Uebertreibung für den gesamten deutschen Liberalismus genannt und verübeligt: „Ohne Liberalismus kann im Deutschen Reich nicht länger regiert werden!“ Am Montag erklärte es dagegen: „In liberalen Kreisen ist der Pessimismus keineswegs verfehlt. Denn man befürchtet dort mit gutem Grunde einen unreaktionären Reichstag.“ Diese Aeußerung wird im Zusammenhang mit einer Bemerkung gemacht, nach der noch zwei Tage vor der Wahlschlacht im Kanzlerpalais Pessimismus geherrscht habe. Wo hat das Blatt denn diese Kunde her? Wer den Reichskanzler in den Tagen vor der Wahl gesprochen hat, weiß, daß er der Entscheidung mit vollem Vertrauen entgegengehehen hat, mit demselben Vertrauen, das alle seine öffentlichen Rundgebungen ausgesprochen haben. Im Palais des Kanzlers waren die Niehmacher also nicht zu finden. Diese Leute treiben jetzt im „Berl. Tgl.“ ihr Wesen, um den liberalen Wählern das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen alle nicht-liberalen Gegner dieser Partei plausibel zu machen. Öffentlich wird das „Berl. Tgl.“ mit dieser kurzfristigen Taktik für die Stichwahl ebensowenig Erfolg haben, wie mit seinem Rörgegeist vor der Hauptwahl.“

Nach den Reichstagswahlen.

Das Stimmenverhältnis in Sachsen. Nach den vorläufigen amtlichen Ergebnissen der Wahlen vom 25. Januar stellt sich der Verlust der Sozialdemokraten an Wahlstimmen als noch viel bedeutender heraus, als nach den bisherigen Berechnungen. Nach den vom „Dr. Journ.“ mitgeteilten Zahlen erhielten

	1903	1907	Ergebnis
die Ordnungsparteien	301 890	440 837	+ 138 947
das Zentrum	2 722	4 717	+ 1 995
die Sozialdemokraten	462 524	419 000	- 43 524

Demnach beträgt der Verlust der Sozialdemokraten nicht 25 000 Stimmen, wie bisher berechnet, sondern 43 524.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über das Reichstagswahlrecht.

Die „Köln. Volksztg.“ hat die Nachricht gebracht, „man“ beabsichtige eine Aenderung des Reichstagswahlrechtes. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Eine schlägellähme Wahlrechtsente versucht die „Köln. Volksztg.“ stürzen zu lassen, und noch gerade vor den Stichwahlen hat sich eine geheimnisvolle Person gefunden, die ihr folgenden Plan verraten: Es solle im Reichstag eine „gefällige“ Regierungsmehrheit dadurch geschaffen werden, daß man die wegen der Zunahme der Bevölkerung eigentlich mehr zu wählenden Reichstagsabgeordneten durch die Einzel-Landtage wählen läßt. Man sucht nach Mitteln und Wegen, wie dies ohne Aenderung des bestehenden Reichstagswahlrechtes geschehen könne. Unter der „gefälligen“ Regierungsmehrheit versteht die „Köln. Volksztg.“, wie es scheint, eine in nationalen Fragen zuverlässige Mehrheit. Für eine solche sorgt die Nation aber schon selbst; dazu bedarf es keiner Wahlkünsteleien. Was den der „Köln. Volksztg.“ enthaltenen Plan im besonderen betrifft,

so können wir feststellen, daß er an keiner amtlichen Stelle existiert.“

Auch diese Stellungnahme des Regierungsorgans hindert die Sozialdemokratie durchaus nicht, nach wie vor mit dem Schreckgespenst „Wahlrechtsraub“ auf den Stimmenfang für die Stichwahlen zu gehen. Siehe die sozialdemokratische Presse.

Der Freisinn und die Stichwahlen.

Auch in Darmstadt-Großgerau hat die mit ihrem Pfarrer Korrell wiederum unterlegene freisinnige Vereinigung dieselbe lenkenlaune Parole ausgegeben, über die wir gestern berichteten, und liefert dadurch die mühsam in der Hauptwahl den Sozialdemokraten entwundene Landeshauptstadt ihnen wieder aus, nur weil der siegreich gewesene Stichwahlkandidat nationalliberal und nicht deutschfreisinnig ist. Kommt Korrell doch einmal selbst in Stichwahl, so wird er es selbstverständlich als nationale Pflicht erklären, daß umgekehrt jeder Nationalliberale ihn wähle.

In Merseburg-Querfurt wollen es die mit starker Stimmzahl unterlegenen Freisinnigen jedem Wähler selbst überlassen, ob er konservativ oder sozialdemokratisch wählen will. Schlagen sie sich in großer Mehrheit auf die Seite der Roten, so wird dadurch ein bisher national vertretener Wahlkreis den Roten ausgeliefert.

Das Zentrum und die Stichwahlen.

Nachdem die rheinischen Katholiken sich dahin erklärt haben, die Sozialdemokratie nicht zu unterstützen, ist von Dresden aus an die wenigen sächsischen Zentrumswähler eine andere Weisung in Gestalt folgender Aufforderung ergangen:

„Im Zentrumslager wird man keine einzige Stimme dahin geben, wo die Regierungsparteien stehen. „Gewehr bei Fuß!“ muß unsere Parole sein, wenn ein Sozialdemokrat mit einem Regierungsmann kämpft. Die Nationalliberalen besonders sind heute ebenso gefährlich wie die Sozialdemokraten, im Gegenteil, sie sind noch gefährlicher. Eine starke nationalliberale Fraktion ist das größte Uebel (!). Von dieser Ueberzeugung bringt uns gar nichts ab, weder die schönen Worte der Regierung, noch die Zumutungen anderer Parteien.“

Bei der Einflußlosigkeit der wenigen Erzberger-Stimmen in Sachsen hat diese Parole nicht viel zu sagen.

Während vom Rhein her schrille ultramontane Kampfstöne erschallen, erklärt sich die „Schlef. Volksztg.“ im Namen der sächsischen Merkale für Unterstützung der bürgerlichen gegenüber den sozialdemokratischen Kandidaten im Falle der Stichwahl. Sollte angesichts prononzierter Kulturkämpfer das hier und da als Gewissensbelastung erscheinen, so möge man sich der Stimme enthalten, jedoch jeder Versuchung widerstehen, etwa dem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben. Jede Unterstützung eines Sozialdemokraten sei sittlich unerlaubt und politisch verwerflich! Schlefien ist bekanntlich das Bollwerk des gemäßigten und streng monarchischen rechten Flügels der Zentrumspartei, der nur, dem leidigen Fraktionszwang gehorchend, die Politik Koerens am 13. Dezember 1906 unterstützt hat.

h. Berlin. Die nationalliberale Partei erläßt folgenden Aufruf: „Wähler in Stadt und Land! Wenige Tage trennen uns von den Stichwahlen; es gilt, alle Kraft einzusetzen, um den Erfolg des 25. Januar zu sichern. Die Sozialdemokratie macht die wildesten Anstrengungen, um in der Stichwahl ihre schweren Niederlagen wieder auszugleichen. Das Zentrum